Hansestadt Rostock Bürgerschaft

Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus

Sitzungstermin:	Mittwoch, 14.01.2015
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:00 Uhr
Raum, Ort:	Beratungsraum 1b, Rathausanbau, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

Sitzungsteilnehmer:

Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Anke Knitter	SPD	
reguläre Mitglieder		
Jan-Hendrik Brincker	CDU	
Uwe Flachsmeyer	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	
Dr. Carsten Penzlin	DIE LINKE.	
Jutta Reinders	DIE LINKE.	
Nailia Ritter	DIE LINKE.	
Andreas Bankonier	Rostocker Bund/ Graue/ Aufbruch 09	
Mathias Krack	UFR/ FDP	
Stellvertreter		
Daniel Peters	CDU	Vertretung für: Herrn Schmidt, Dr. Helmut
Entschuldigte Mitglieder		
reguläre Mitglieder		
Dr. Helmut Schmidt	CDU	entschuldigt
Robert Buhse	SPD	entschuldigt
Verwaltung		
Matthias Fromm	Eigenbetrieb "Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde"	
Simone Höhne	Zentrale Steuerung	
Ralph Müller	Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft	
Anka Schröder	Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft	
Marita Schröder	Eigenbetrieb Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde	
Gäste		
Thomas Biebig	Hafenentwicklungsgesellschaft Rostock (HERO)	
Johanna Eggert	NNN	

Anja Levien	OZ
Alexander Prechtel	Ortsbeirat Seebad Warnemünde, Diedrichshagen
Daniele Priebe	Rostocker Fracht- und Fischereihafen GmbH
Ronald Schulz	Rostocker Fracht- und Fischereihafen GmbH
Heiko Wenzel	CPL

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderungen der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.11.2014
- 4 Anträge
- 4.1 Eva-Maria Kröger (für die Fraktion DIE LINKE.) Analyse zur Fortführung der IGA Rostock 2003 GmbH Vorlage: 2014/BV/0359-02 (ÄA)
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Analyse zur Fortführung der IGA Rostock 2003 GmbH Vorlage: 2014/BV/0359
- 5.1.1 Analyse zur Fortführung der IGA Rostock 2003 GmbH Vorlage: 2014/BV/0359-01 (NB)
- 5.2 Wirtschaftsplan 2015 des Eigenbetriebes "Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde" Vorlage: 2014/BV/0488
- 5.3 Verlängerung der Veränderungssperre zum Bebauungsplangebiet Nr. 01.WA.183 "Schutz des Wohnens vor Umwandlung in Ferienwohnungen in Warnemünde" Vorlage: 2014/BV/0339
- 5.4 1.Änderung des Bebauungsplanes Nr. 12.W.60 "Brinckmanshöhe" -Aufstellungsbeschluss Vorlage: 2014/BV/0491
- 5.5 Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 12.W.174 "Wohnen am Hüerbaasweg" Vorlage: 2014/BV/5206
- 5.5.1 Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 12.W.174 "Wohnen am Hüerbaasweg" Vorlage: 2014/BV/5206-01 (NB)

- 6 Informationsvorlagen
- 6.1 Erarbeitung eines Hafenentwicklungsplanes 2030 (HEP) für die Hansestadt Rostock Vorlage: 2014/IV/0373
- 7 Verschiedenes
- 7.1 Vorstellung des Masterplanes Fischereihafen Rostock durch Frau Priebe, Geschäftsführerin der Rostocker Fracht- und Fischereihafen GmbH
- 8 Schließen der Sitzung

Nichtöffentlicher Teil

- 9 Verschiedenes
- 9.1 Information des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft
- 9.2 Information der Ausschussvorsitzenden

Protokoll:

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Frau Knitter (SPD) eröffnet die Sitzung. Mit Datum vom 07.01.2015 ist den Mitgliedern des Ausschusses über die Postfächer die Einladung zugegangen. Weiterhin erfolgte die öffentliche Bekanntmachung ab 07.01.2015 durch Aushang im Schaukasten im Rathaus und in den Ortsämtern. Frau Knitter (SPD) stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss mit 8 Mitgliedern beschlussfähig ist.

TOP 2 Änderungen der Tagesordnung

Frau Knitter (SPD) stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Änderungsantrag (2014/BV/0359-02 (ÄA), die Beschlussvorlage mit Nachtrag (2014/BV/0359-01 (NB)) zu vertagen, da die Arbeitsgruppe der Verwaltung dazu noch beraten möchte, um eine erste Bewertung des IGA-Entwicklungskonzeptes vorzunehmen.

<u>Abstimmungsergebnis zur Vertagung des o.g. Antrages und der Beschlussvorlage:</u> Zustimmung (mehrheitlich)

Herr Bankonier (Rostocker Bund) stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Beschlussvorlage 2014/BV/0488 zu vertagen, da zunächst die Hinweise und Auflagen des Innenministeriums M-V zum Haushaltserlass 2014 abgearbeitet werden müssen, speziell der Stellenplan der TZR&W und das mittelfristige Personalkonzept.

<u>Abstimmungsergebnis zur Vertagung der Beschlussvorlage 2014/BV/0488:</u> Ablehnung (Ja: 1, Nein: 4, Enth.: 4)

Mit o. g. Änderung wird die Tagesordnung bestätigt.

17.05 Uhr - Frau Ritter (Die Linke.) trifft ein, somit sind 9 Mitglieder anwesend.

TOP 3Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.11.2014

Zur Niederschrift vom 19.11.2015 gibt es keine Einwände. Die Niederschrift wird bestätigt.

TOP 4 Anträge

TOP 4.1 Eva-Maria Kröger (für die Fraktion DIE LINKE.) Analyse zur Fortführung der IGA Rostock 2003 GmbH Vorlage: 2014/BV/0359-02 (ÄA)

Beschluss: Beschlussvorschlag:

Der Punkt 4 des Beschlussvorschlages wird wie folgt erweitert:

"Mögliche Mehraufwendungen bei den Personalkosten durch die Personalüberleitung dürfen nicht zu Lasten der Aufgabenerfüllung finanziert werden."

<u>Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag 2014/BV/0359-02 (ÄA):</u> vertagt (mehrheitlich)

TOP 5 Beschlussvorlagen

TOP 5.1 Analyse zur Fortführung der IGA Rostock 2003 GmbH Vorlage: 2014/BV/0359

Beschluss: Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft beschließt:

- 1. Die Bürgerschaft stimmt dem Szenario 2 zu.
- 2. Die Gesellschaft "IGA Rostock 2003 GmbH" wird aufgelöst.
- 3. Die Teilaufgaben der IGA Rostock 2003 GmbH werden auf bestehende städtische Strukturen in Verbindung mit einem Personalübergang übertragen.
- 4. Der im städtischen Haushalt geordnete Zuschuss an die IGA Rostock 2003 GmbH wird den künftigen Aufgabenträger zugewiesen.

Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage 2014/BV/0359: vertagt (mehrheitlich)

TOPAnalyse zur Fortführung der IGA Rostock 2003 GmbH5.1.1Vorlage: 2014/BV/0359-01 (NB)

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert/ergänzt:

Die Bürgerschaft beschließt die geänderte Formulierung im Beschlusspunkt vier wie folgt:

4. Den künftigen Aufgabenträgern wird dauerhaft mindestens der im städtischen Haushalt geordnete Zuschuss an die IGA Rostock 2003 GmbH in Höhe von 2,1 Mio. Euro zugewiesen. Des Weiteren erhalten die künftigen Aufgabenträger die jeweiligen Einnahmen und Personalstellen. Die Zahl der Stellen wird auch bei Anpassung an das Tarifsystem des Öffentlichen Dienstes nicht reduziert.

und den ergänzten neuen Beschlusspunkt fünf wie folgt:

5. Der heutige Pflegestandard wird beibehalten und ein vielfältiges Angebot in hoher Qualität abgesichert.

<u>Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage 2014/BV/0359-01 (NB):</u> vertagt (mehrheitlich)

TOP 5.2 Wirtschaftsplan 2015 des Eigenbetriebes "Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde" Vorlage: 2014/BV/0488

Beschluss: Beschlussvorschlag:

Der Wirtschaftsplan 2015 des Eigenbetriebes "Tourismuszentrale & Warnemünde" einschließlich des Stellenplanes sowie des Stellen- und Personalentwicklungskonzeptes 2014-2023 wird beschlossen (Anlage).

Herr Fromm, Leiter des Eigenbetriebes TZR&W, informiert zu wesentlichen Punkten und Aktivitäten, die den Wirtschaftsplan untersetzen, wie saisonverlängernde Maßnahmen (W`mder Wintervergnügen, Kurhausgartenkonzerte), Kooperationsprojekte (Strandparty, DFB Beachsoccer Cup), Marketing- und Öffentlichkeitsarbeit (Auslandsmessen, Kongresse, Events, Meetings). Die Vorbereitung der 25. Hanse Sail und der 38. Warnemünder Woche zählen zu den Schwerpunkten. Zum 800. Gründungsjubiläum ist der Eigenbetrieb Ausrichter des 38. Internationalen Hansetages. Dazu wird ein Konzept erstellt und für die Realisierung erster Maßnahmen sind 100 TEUR im Wirtschaftsplan eingestellt. Aus Erfahrungen anderer Städte ist hier ein Vorlauf von 3 Jahren unbedingt notwendig.

Frau Schröder vom Eigenbetrieb TZRW informiert zu den wirtschaftlichen Kennzahlen. Es wird ein Zuschussbedarf für das Jahr 2015 in Höhe von 1,280 TEUR angezeigt. Sie planen mit Umsatzerlösen von 4.275.400 €. Einnahmen aus der Kurabgabe sind zweckgebunden. Der Marketingbereich bleibt defizitär. Einnahmen aus der Grundstücksverwaltung können auch für andere Bereiche verwendet werden.

Herr Fromm erläutert auf Nachfrage von Herrn Flachsmeyer (B90/Die Grünen), ob es Möglichkeiten gibt, den Zuschuss der HRO zu minimieren. Mehr Gäste erfordern mehr Anforderungen in Ordnung und vor allem in Sicherheit, z. B. bei der Wasserrettung. Dort können nicht nur Ehrenamtliche eingesetzt werden (Einsatz eines Wasserrettungsleiters). Weiterhin müssen bei Dienstleistungen Dritter die Mindestlöhne eingehalten werden. Herr Bankonier (RB) hinterfragt die Entwicklung im Zusammenhang mit der Tourismuskonzeption 2020 hinsichtlich des Stellenplans. Weiterhin vermisst er im Wirtschaftsplan Investitionen für die touristische Infrastruktur (z. B. Toilettenanlagen). Die Bedarfskonzeption kommunaler Sanitäranlagen der HRO wurde erarbeitet, die finanziellen Auswirkungen sind im Teilhaushalt des Umweltamtes abgebildet. Zur Leichtbauhalle informiert Herr Fromm, dass sie fertig gestellt ist und bereits genutzt wird. Sie wurde aus liquiden Mitteln errichtet.

Frau Knitter (SPD) hinterfragt die Beträge aus den Umsatzerlösen, wie Werbeleistungen und Parkgebühren. Die Tourismuszentrale verspricht sich Einnahmen durch die neuen Internetseiten (Werbeerlöse). Die Parkgebühren sind ein witterungsabhängiges Geschäft, es ist der Durchschnittswert der letzten 5 Jahre genommen worden.

Weiterhin macht Frau Knitter (SPD) darauf aufmerksam, dass die Beschilderung für ausländische Gäste auf Englisch erfolgen sollte. Zur Frage der Strandsatzung erläutert Herr Fromm, dass sie so überarbeitet wird, dass sie nicht die touristische Flexibilität einschränken wird. Mit Genehmigung durch das STALU können Gewerbetreibende von der Mole bis zum Neptun von März bis November ihre Waren anbieten.

17.30 Uhr - Herr Flachsmeyer (B90/Die Grünen) verlässt die Sitzung.

Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage 2014/BV/0488:

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	8
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

Angenommen x Abgelehnt

Im Nachgang zur Sitzung gibt Herr Flachsmeyer (B90/Die Grünen) zu Protokoll, dass er die Beschlussvorlage 2014/BV/0488 ablehnt.

TOP 5.3 Verlängerung der Veränderungssperre zum Bebauungsplangebiet Nr. 01.WA.183 "Schutz des Wohnens vor Umwandlung in Ferienwohnungen in Warnemünde" Vorlage: 2014/BV/0339

Beschluss: Beschlussvorschlag:

Zur Sicherung der Planung wird für das Bebauungsplangebiet Nr. 01.WA.183 "Schutz des Wohnens vor Umwandlung in Ferienwohnungen" die bestehende Veränderungssperre um ein Jahr verlängert. Der § 4 Abs. 2 Satz 1 und 2 werden neu gefasst:

"Die Veränderungssperre tritt nach Ablauf von drei Jahren außer Kraft.

Auf die Dreijahresfrist ist der seit der Zustellung der ersten Zurückstellung eines Baugesuches nach § 15 BauGB abgelaufene Zeitraum anzurechnen."

Der als Anlage beigefügte Lageplan ist Bestandteil des Beschlusses.

Herr Müller vom Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft informiert, dass aufgrund des noch nicht abgeschlossenen B-Planverfahrens eine Verlängerung der Veränderungssperre notwendig ist. Laut den neuen Handlungsempfehlungen des Ministeriums ergibt sich eine neue Situation. In Neuaufstellungen von B-Plänen für Wohngebiete sind Ferienwohnungen ausgeschlossen.

Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage 2014/BV/0339:

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	8
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

Angenommen	Х
Abgelehnt	

TOP 5.4 1.Änderung des Bebauungsplanes Nr. 12.W.60 "Brinckmanshöhe" -Aufstellungsbeschluss Vorlage: 2014/BV/0491

Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Bebauungsplan Nr. 12.W.60 "Brinckmanshöhe" soll im Bereich der Baugebiete WA 1.1 bis WA 1.6, der Gemeinbedarfsfläche "Bürgerhaus" sowie der Wohngebietsfläche mit dem besonderen Nutzungszweck "Gastronomie / Information' im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB geändert werden.

Die Änderungsbereiche betreffen die unbebauten Flächen beidseitig der Wohngebietszufahrt R.-Tarnow-Straße sowie die unbebaute Fläche südwestlich der Wohnhäuser E.-Lindenberg-Str. Nr. 1 und Nr. 46 (vgl. Lageplan).

Es werden folgende Planungsziele angestrebt:

- 1. Aufhebung der Nutzungsbeschränkung in der textlichen Festsetzung A3 (bisher Beschränkung der Erdgeschossnutzung entlang der Rudolf-Tarnow-Straße auf Läden, ausnahmsweise Dienstleistungseinrichtungen mit stärkerem Publikumsverkehr).
- 2. Reduzierung der Bauhöhenvorgabe C5 auf eine Mindesthöhe 9 m für Gebäude entlang des östlichen Wohngebietsrandes (WA 1.1 bis WA 1.3) einschließlich Anpassung der überbaubaren Grundstücksflächen (Baugrenzen).
- 3. Zulassung einer offenen Einfamilienhausbebauung in den Baugebieten WA 1.4 bis WA 1.6) und auf der Gemeinbedarfsfläche "Bürgerhaus' einschließlich Anpassung der Baugrenzen.
- 4. Zulassung einer Wohnbebauung auf der bisherigen Fläche für "Gastronomie / Information" einschließlich Anpassung der Baugrenzen.

Herr Müller erläutert, dass mit dieser B-Planaufstellung beabsichtigt wird, die Bauflächen, die ursprünglich mit Ladengeschäften sowie einem Bürgerhaus und einer gastronomischen Einrichtung bebaut werden sollten, einer allgemeinen Wohnnutzung zugänglich zu machen. Der erforderliche Lärmschutz wird durch eine abschirmende Bebauung realisiert.

Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage 2014/BV/0491:

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	8
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

Angenommen	x
Abgelehnt	

TOP 5.5 Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 12.W.174 "Wohnen am Hüerbaasweg" Vorlage: 2014/BV/5206

TOPBeschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 12.W.1745.5.1"Wohnen am Hüerbaasweg"
Vorlage: 2014/BV/5206-01 (NB)

Beschluss:

Beschlussvorschlag:

1. Für das Gebiet entlang des Hüerbaaswegs in Brinckmansdorf soll ein Bebauungsplan aufgestellt werden.

Das Gebiet wird begrenzt:

im Norden: durch die Tessiner Straße,

- im Osten: durch die Ostseite der Straße "Hüerbaasweg",
- **im Süden:** durch die südliche Flurstücksgrenze des Flurstücks 26/21, Flur 1, Gemarkung Kassebohm, südlich der ehem. Kaufhalle

im Westen: durch den Wald "Cramons Tannen".

2. Der Bebauungsplan soll die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die Umsetzung

folgender Planungsziele schaffen:

• Die Neuordnung und städtebauliche Aufwertung der ca. 1 ha großen Fläche insbesondere im Hinblick auf das Gelände der ehemaligen "Kaufhalle" am Hüerbaasweg, die seit vielen Jahren ihre ursprüngliche Funktion verloren hat.

• Die Wiedernutzbarmachung und Nachverdichtung von Flächen, die in den letzten Jahren durch Funktionsverlust gekennzeichnet waren, für den Wohnungsbau in offener Bauweise in den Hausformen Einzel- oder Doppelhaus, die die nähere Umgebung bereits prägen, bei weitestgehendem Schutz der erhaltenswerten Großbäume auf der Grundlage des Baumgutachtens v. 06.02.2013 der Sachverständigen "Forstservice & Gutachterbüro Dipl. Ing. (FH) Jana Sadlowski".

• Die städtebaulich klare Definition der Waldgrenze westlich des Hüerbaaswegs einschließlich einer Waldumwandlung auf Flächen mit teils überalterten, das Wohnen gefährdenden Bäumen mit kompensierender Ersatzaufforstung der zu fällenden Bäume an geeigneter Stelle.

- 3. Da es sich um einen Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB mit einer zulässigen Grundfläche von weniger als 20.000 m² handeln wird, ist keine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchzuführen.
- **4.** Es wird ein artenschutzrechtlicher Fachbeitrag erarbeitet werden und eine Waldumwandlung gemäß Landeswaldgesetz (LWaldG MV) einschließlich Ersatzaufforstung durchzuführen sein.

Der als Anlage beigefügte Lageplan ist Bestandteil des Beschlusses.

Ziel des B-Planes soll die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die Neuordnung und städtebauliche Aufwertung des Geländes der ehemaligen "Kaufhalle" sein. Die Fläche soll mit Einzel- oder Doppelhäusern bebaut werden. Es wird westlich des Hüerbaasweges eine Waldumwandlung erfolgen und die Ersatzaufforstung wird an geeigneter Stelle durchgeführt. Planungskosten werden durch die Stadt getragen. Die Stadt ist Eigentümer der Flächen.

Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage 2014/BV/5206 einschließlich Nachtrag (2014/5206-01 (NB)):

Abstimmung:

Dafür:	8
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

Abstimmungsergebnis:

AngenommenxAbgelehnt

TOP 6 Informationsvorlagen

TOP 6.1 Erarbeitung eines Hafenentwicklungsplanes 2030 (HEP) für die Hansestadt Rostock Vorlage: 2014/IV/0373

Herr Biebig von der HERO informiert, dass der bestehende Hafenentwicklungsplan (HEP) 2010 - 2015 aktualisiert werden muss. Er umfasst eine langfristige Entwicklungsperspektive für die Hansestadt Rostock, nicht nur für den Seehafen, sondern auch für den Kreuzfahrthafen Warnemünde und den Fischereihafen. Die Erarbeitung erfolgt federführend durch die HERO, die eine Arbeitsgruppe der HRO regelmäßig über Inhalt und Fortgang der Arbeiten informiert. Es ist vorgesehen, den HEP Ende 2015/Anfang 2016 der Bürgerschaft zur Kenntnis zu geben. Die Ortsbeiräte, weitere Gremien der Bürgerschaft sowie das Rostocker Hafenforum werden beteiligt, so können jederzeit Ideen und Anregungen zur Hafenentwicklung aufgenommen werden. Der HEP ist ein Fachplan der Rostocker Hafenwirtschaft, der keine Verbindlichkeit nach außen hat, der aber wesentliche Berücksichtigung in der Regionalplanung findet, z. B. die vom Regionalen Planungsverband Region Rostock veranlasste Vorrangprüfung der beiden Vorbehaltsgebiete "Rostock Seehafen West" und "Rostock Seehafen Ost".

TOP 7 Verschiedenes

TOP 7.1 Vorstellung des Masterplanes Fischereihafen Rostock durch Frau Priebe, Geschäftsführerin der Rostocker Fracht- und Fischereihafen GmbH

Frau Priebe vom Fracht- und Fischereihafen gibt einleitende Worte zum Unternehmen (Beteiligungen: 94% RVV, 6 % HRO).

Das Unternehmen konzentriert sich auf drei Geschäftsbereiche: Hafenwirtschaft (1290 m Kai, 10 km Gleisnetz), Immobilien- und Grundstücksverwaltung (50 ha offene, befestigte und gedeckte Lagerfläche) und Kühlhaus (12.000 t Kühlkapazität). Es sind 60 Mitarbeiter und 4 AZUBIS im Unternehmen. Schwerpunkte des Unternehmens sind u. a. der Ausbau des Gleisinfrastruktursystems, die Verbesserung der Straßenanbindung des Industriegebietes und der Ankauf von Flächen, um mehr Liegeplätze auszubauen.

Herr Wenzel von CPL erläutert anhand einer PowerPoint Präsentation die Visionen und Ziele (Masterplan) des Unternehmens.

Die Präsentation ist Anlage des Protokolls.

TOP 8 Schließen der Sitzung

Nichtöffentlicher Teil